



Rüsselsheim, den 24.01.2020

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Montag, den 09.12.2019 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Die Niederschrift über die 32. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.11.2019 wird genehmigt.

TOP 2 Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge (CLEVER) hier: Delegation der Auftragsvergabe an den Magistrat DS-Nr. 629/16-21

Frau Stadträtin Flörsheimer erläutert die Vorlage. Herr Ebert (FB Planung und Umwelt) und Herr Riemer (Opel Automobile GmbH) beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Vorlage wird in ihrer Notwendigkeit kontrovers diskutiert. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Ebert (FB Planung um Umwelt), Herrn Riemer (Opel Automobile GmbH), Frau Stadträtin Flörsheimer und Herrn Stadtrat Kraft beantwortet.

Dem Diskussionsverlauf entsprechend schlägt der Stadtv. Weber vor, dass alle Magistratsvorlagen zur Vergabe den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben werden sollen mit der Zielsetzung ggf.. auftauchende Fragestellungen zu klären.

Frau Stadtv. Flörsheimer greift diesen Vorschlag auf und bietet an, dass die einschlägigen Magistratsvorlagen den Fraktionen digital zur Verfügung gestellt werden und diese dann signalisieren sollten, ob die Notwendigkeit besteht, zur abschließenden Beschlussfassung eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einzuberufen.

Da der Stadtv. Krug für seine Fraktion noch Beratungsbedarf anmeldet, wird die Abstimmung über die Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

**TOP 3 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Rüsselsheim am Main
DS-Nr. 604/16-21**

Der Stadtv. Adam-Frick begründet den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion FW/FNR vom 18.11.2019.

Der Stadtv. Flörsheimer erklärt für die Unabhängige Liste, den Antrag der Fraktion FW/FNR unterstützen zu wollen und zieht daher Punkt 2 (ermäßigter Steuersatz für Bestandshunde) des Änderungsantrags der Unabhängigen Liste vom 09.11.2019 zurück. Der Stadtv. Krug erklärt wiederum für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität, diesem Passus (300,- EUR für Bestandshunde mit bestandener Wesensprüfung) als neuen Änderungsantrag übernehmen zu wollen.

Der Stadtv. Weber bittet bis zur Stadtverordnetenversammlung um Prüfung,

- ob eine steuerrechtliche Ungleichbehandlung von Bestandshunden und neu angeschafften Hunden möglich wäre
- ob die Regelung nach Punkt 3 des Änderungsantrags der Fraktion FW/FNR rechtlich zulässig wäre.

Dementsprechend sagt der Oberbürgermeister bis zur Stadtverordnetenversammlung eine rechtliche Prüfung der Satzung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge zu.

Punkt 1 des Änderungsantrags der Unabhängigen Liste vom 09.11.2019 (Nachweis der Gefährlichkeit bei Kreuzungen) wird bei 3 Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt. Punkt 2 (Ermäßigter Steuersatz für Bestandshunde) wird bei einer Ja-Stimme mit der Mehrheit der Gegenstimmen abgelehnt.

Dem Änderungsantrag der Fraktion FW/FNR vom 18.11.2019 wird bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge wird der Stadtverordnetenversammlung vorbehaltlich einer noch ausstehenden rechtlichen Prüfung bei 5 Gegenstimmen und 2 Stimm-Enthaltungen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, dem Beschlussvorschlag in entsprechend zu ändernder Fassung zuzustimmen.

**TOP 4 3. Nachtrag zur Verlängerung der Geltungsdauer der Friedhofsgebührensatzung
Bezug: Stadtverordnetenbeschluss vom 13.12.2018
DS-Nr. 618/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den 3. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung mit dem Ziel, einer unbefristeten Verlängerung (Anlage).

3. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung

Artikel 1

§ 7 wird wie folgt geändert:

Die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Rüsselsheim am Main wird unbefristet verlängert.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

**TOP 5 Verbindliche Bauleitplanung - Rüsselsheim 2020, Maßnahmen Nr. 24-29
Standortentwicklung der Adam Opel AG
Bebauungsplanverfahren Nr. 144 "Opel Forum Rüsselsheim - Motorworld"
hier: Erneuter Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Erneute Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB am Verfahren
DS-Nr. 635/16-21**

Der Stadtv. Krug stellt Fragen zu folgenden Themenkomplexen (zu den detaillierten Fragestellungen siehe Anlage):

- Entwicklung der Flächenverteilung im Vergleich zu bisherigen Bebauungsplänen
- Verhältnis von Denkmalschutz und wirtschaftlicher Zumutbarkeit
- Bebauungsverbot zu Freiflächen
- Verhältnis von Hausrecht und öffentlichem Raum
- Einbindung des Bildungs- und Kulturzentrums.

Der Stadtv. Flörsheimer gibt eine umfangreiche Stellungnahme zur Drucksache ab (siehe Anlage).

Im Übrigen wird die Vorlage in erster Lesung beraten.

**TOP 6 Mobilitätsplan Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main
DS-Nr. 628/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung bei 2 Gegenstimmen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

**TOP 7 Wohnungslosenhilfekonzert 2019 der Stadt Rüsselsheim am Main
DS-Nr. 624/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das beigefügte Wohnungslosenhilfekonzept 2019 (Anlage I) zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

2. Zahl der Obdachlosenfälle seit Beschluss des Wohnungshilfekonzeptes aus dem Jahr 2016 um mehr als 52 % von 61 (113 Personen) auf 93 (189 Personen) im Jahr 2018 gestiegen ist.
3. die Zahl der eingewiesenen Familien ab drei Personen von 18 in 2016 auf 28 Fälle in 2018 gestiegen ist.
4. die Unterbringungskapazitäten der Obdachlosenbehörde für Familien und Einzelpersonen in der städtischen Obdachlosenunterkunft und in Pensionen zunehmend knapp werden.

B. Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das vorgelegte Wohnungslosenhilfekonzept 2019 (Anlage I).

TOP 8 Umsetzung von Housing First zur Reintegration wohnungsloser Menschen in den Wohnungsmarkt DS-Nr. 625/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die kumulierte Anzahl von unterzubringenden, wohnungslosen Menschen in Rüsselsheim in den Jahren 2016 bis 2018 um 67% von 113 auf 189 Personen gestiegen ist.
2. die Unterbringungskapazitäten der Obdachlosenbehörde insbesondere für die Unterbringung von wohnungslosen Familien knapp geworden sind.
3. die für die Umsetzung von Housing First benötigten Wohnungen auf Grundlage einer Rahmenvereinbarung mit der gewobau bereitgestellt werden (Anlage I).
4. die sozialpädagogische Betreuung im Rahmen Housing First sowohl personell als auch finanziell vom Diakonischen Werk geleistet wird.
5. bei Umsetzung des Housing-First Ansatzes Einsparungen im städtischen Haushalt in Höhe von jährlich rund 21.000 € entstehen können.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Abschluss der Rahmenvereinbarung über die Bereitstellung von Wohnungen im Rahmen des Projektes Housing First mit der gewobau.

**TOP 9 Anmeldung zum Stellenplan 2020 für das Ausbildungsmodell:
Praxisintegrierte Ausbildung in den städtischen Kindertagesstätten ab
dem Ausbildungsjahr 2020/2021
DS-Nr. 620/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations.- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

dass die Werner-Heisenberg-Schule an der Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, ab dem Schuljahr 2020/2021 eine zusätzliche Klasse zur Ausbildung von Erzieher*innen in der praxisintegrierten Form anbietet.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. ab dem Betreuungsjahr 2020/2021 für zehn angehende Erzieher*innen im Rahmen der dreijährigen vergüteten praxisintegrierten Ausbildung Stellen in den städtischen Kindertagesstätten zu schaffen. Ab dem Stellenplan 2021 werden Personalkosten in Höhe von 197.742,50 Euro jährlich angemeldet. Der Prüfauftrag zur DS 397/16-21 Personalgewinnung und –bindung im Kitabereich vom 18.10.2018, wird in Bezug auf die Fragestellung, welche Möglichkeit es zur Einführung einer Vergütung für angehende Erzieher*innen gibt, als erledigt erklärt.
2. den Fachdezernenten zu beauftragen, eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Werner-Heisenberg-Schule zu unterzeichnen.
3. dass hierfür in den Ergebnishaushalt 2020 der städtischen Kindertagesstätten Beschäftigungsentgelte in Höhe von 79.096 Euro angemeldet werden.

**TOP 10 Ausstattung und Weiterentwicklung der Schulbibliotheken an den
Schulen in Trägerschaft der Stadt Rüsselsheim am Main
DS-Nr. 621/16-21**

Der Vorsitzende schlägt ergänzend vor, dem Eigenbetrieb die zu schaffende halbe Stelle für die Konzeption Schulbücherei als Zuschuss zu gewähren, diese im Wirtschaftsplan auszuweisen sowie eine Leistungsvereinbarung zu erstellen.

Unter Berücksichtigung dieser Ergänzung wird der Stadtverordnetenversammlung entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss einstimmig empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass der Schulträger gesetzlich verpflichtet ist, Mittel für den Betrieb der Schulbüchereien an Schulen in seiner Trägerschaft zur Verfügung zu stellen.
2. dass den Rüsselsheimer Schulen bislang keine finanziellen Mittel für die Verwaltung und die Medienausstattung der Schulbibliotheken zur Verfügung gestellt und keine Standards vorgegeben wurden.
3. dass sich vor diesem Hintergrund die Schulbibliotheken sehr unterschiedlich entwickelt haben.
4. dass zur fachlichen Unterstützung der Schulbüchereien bei K123 – Stadtbücherei eine schulbibliothekarische Fachstelle (im Umfang von 0,5 VZ) eingerichtet wird, hierfür werden ab dem kommenden Haushaltsjahr im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Mittel in Höhe von jährlich 28.000 € vorgesehen. Für das Haushaltsjahr 2020 werden anteilig Mittel in Höhe von 7.000 € eingeplant.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. dass für die Bestandsverwaltung der Schulbüchereien der Rüsselsheimer Schulen eine einheitliche Software angeschafft wird. Hierfür werden im Entwurf des Haushaltsplanes 2020 Mittel in Höhe von 6.000 € eingestellt.
2. dass den Schulbibliotheken (ohne angegliederte Stadtteilbücherei) zukünftig ein Zuschuss zur Aktualisierung des Bestandes gewährt wird. Die Höhe des Zuschusses orientiert sich an den Empfehlungen zur Basisausstattung des Deutschen Bibliotheksverbandes. Ab dem Haushaltsjahr 2020 werden jährlich Mittel in Höhe von rund 27.500 € zur Verfügung gestellt (Anlage).

TOP 11 HH-Begleitantrag - Zuwegung Bahnsteig 2 Bezug: Antrag Nr. 26 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR vom 04.02.2019 DS-Nr. 617/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage unter Ergänzung von Punkt 3 zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussvorschlag mit Ausnahme von Punkt 4 wie folgt zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Stadtunterführung von den Städtischen Betriebshöfen einmal im Jahr an einem Wochenende unter Vollsperrung einer Grundreinigung unterzogen wird. Im August 2019 wurde diese auch auf den Bereich des höhergelegenen Fußweges erweitert, wobei auch die Wände gesäubert wurden. Dies wird auch in den Folgejahren so bleiben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der im September 2019 stattgefundenen Begehung beider Unterführungen (UF) in direkter Bahnhofsnähe mit der Vertreterin der Kriminalprävention Polizeipräsidium Südhessen weitere Maßnahmen vorgeschlagen bzw. teilweise bereits angestoßen wurden
(Verbesserung der Sichtbeziehungen zu den Abgängen, Erhöhung der Helligkeit durch Installation vom Lichtband, Aufhellen des Bodenbelages im

Fußgängerbereich, Ausleuchtung Treppenaufgang zum Gleis 2).

3. Die Vorlage wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.

B. Beschluss

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die durch die Kriminalprävention vorgeschlagenen Maßnahmen im Hinblick auf die Umsetzbarkeit und die finanzielle Auswirkung zu prüfen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, vordringliche Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zeitnah umzusetzen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, für mittel- und langfristige Maßnahmen in den Folgejahren Haushaltsmittel einzustellen.

TOP 12 Verbesserung der Verkehrssituation an der Kreuzung Bensheimer Straße / Rathausstraße / Konrad-Adenauer-Ring in Königstädten Bezug: HH-Begleitantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWR/FNR vom 04.02.2019 DS-Nr. 626/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Antrag Nr. 25 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWR/FNR vom 04.02.2019 zur Kenntnis.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, Planungsvarianten zur Verbesserung der Verkehrssituation zu prüfen und zur Beratung vorzulegen.

TOP 13 Kostenüberwachung von größeren Projekten hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden Projekte -Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme DS-Nr. 627/16-21

Der Bericht zur Kostenüberwachung von größeren Projekten wird zur Kenntnis genommen.

TOP 14 Anfragen und Mitteilungen

Die Frage des Stadtv. Walczuch nach einem Zwischenbericht zur Inanspruchnahme des Jobtickets wird mit dem Hinweis auf die erstmalige Veranschlagung im Haushaltsplanentwurf 2020 beantwortet.